

Der belgische Historiker und Weltbank-Kritiker *Éric Toussaint* fordert die Völker Europas auf, mit einer verfassungsgebenden Versammlung die Grundlagen für ein neues solidarisches Europa zu schaffen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 104/13 – 29.07.13

Die Europäische Union ist keine Solidargemeinschaft Die Völker Europas müssen ihre Einheit erst noch erringen

Von *Éric Toussaint*, Monique Van Dieren und Claudia Benedetto
Global Research, 17.07.13

(<http://www.globalresearch.ca/the-eu-has-never-been-a-european-solidarity-organisation-the-european-peoples-must-create-their-own-unity/5342998>)

Éric Toussaint (s. http://en.wikipedia.org/wiki/%C3%89ric_Toussaint) wird von Monique Van Dieren und Claudia Benedetto für das Magazin *Contrastes* interviewt [1]

(Éric Toussaint:) Die EU und die Eurozone wurden nur zugunsten des Kapitals und zur Durchsetzung seiner Prinzipien geschaffen: Dazu gehören u.a. der unbegrenzte Kapitalverkehr, die freie Zirkulation von Waren und Dienstleistungen, der uneingeschränkte Wettbewerb und die Privatisierung der öffentlichen Dienste.

Das Kapital erhielt freie Hand zur Maximierung seiner Profite, weil man fälschlicherweise annahm, durch die Förderung der Privatinitiative werde alles gut. Wegen der Realisierung dieses Prinzips und der Reduzierung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten – die durch Regulierungen oder Haushaltspläne möglich sind – auf ein Minimum haben wir jetzt ein Europa, das nur 1 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes / BIP für Ausgaben zur Verfügung hat, während die Budgets der meisten anderen Industriestaaten bei 40 bis 50 Prozent ihres BIP liegen! Das eine Prozent ist viel zu wenig, zumal fast die Hälfte davon in die gemeinsame Agrarpolitik fließt. Infolgedessen hat Europa nicht genügend Mittel, um die Unterschiede zwischen seinen stärksten und schwächsten Wirtschaften auszugleichen. Weil diese ungleichen Wirtschaften auch noch miteinander konkurrieren, werden die Unterschiede immer größer.

Gibt es noch andere Streitpunkte?

Es gibt nicht nur Konflikte zwischen (hoch verschuldeten) Staaten wie Griechenland, Irland, Portugal, Spanien oder den osteuropäischen Ländern auf der einen und wirtschaftlich stärkeren Staaten auf der anderen Seite, sondern auch innerhalb aller EU-Mitgliedsstaaten, weil sich durch eine Reform der Arbeitsmärkte überall die Einkommensunterschiede vergrößert haben.

Die von den EU-Mitgliedstaaten betriebene Politik hat diese Unterschiede noch verstärkt. Ein gutes Beispiel ist Deutschland, wo mit fragwürdigen Reformen eine Vielzahl neuer Arbeitsmodelle geschaffen wurden; dort gibt es gegenwärtig 7 Millionen Vollzeitbeschäftigte, die weniger als 400 Euro im Monat verdienen!

Die Steuerpolitik wird als Hauptursache für die Probleme Europas und die hohe Verschuldung einzelner Mitgliedstaaten angesehen. Wie ist es zu erklären, dass sich die europäischen Staaten dabei gegenseitig auszustechen versuchen?

Europa hat es abgelehnt, seine Steuergesetze zu harmonisieren. Das Ergebnis sind enorme Unterschiede in den Besteuerungssystemen. In Zypern liegt die Körperschaftssteuer bei 10 Prozent; das wird sich wegen der gegenwärtigen Krise aber vermutlich ändern. In Irland beträgt die Körperschaftssteuer 12,5 Prozent und in Belgien 33,99 Prozent. Diese Unterschiede verschaffen Konzernen die Möglichkeit, ihre Einnahmen da zu versteuern, wo die Steuerbelastung am geringsten ist. Die gegenwärtige europäische Finanzpolitik schützt die Steuerflucht. Auch innerhalb der Europäischen Union gibt es Steueroasen – besonders in der Londoner City und für die Eurozone im Großherzogtum Luxemburg.

Es wäre sehr wohl möglich, auf nationaler Ebene Steuergerechtigkeit herzustellen. Die weit gestreute Behauptung, es sei "unmöglich, tiefgreifende Steuerreformen durchzuführen", ist falsch. Uns sagt man aber, es gäbe keine Alternative. Wer so argumentiert, will nur die Steuerbetrüger schützen. Wir erleben gerade, dass Lösungen, die bisher für "unmöglich" gehalten wurden, im "Fall Zypern" sehr wohl in Betracht gezogen werden: Bankguthaben von mehr als 100.000 Euro sollen (zum Ausgleich von Bankverlusten) herangezogen und Kapitalbewegungen sollen kontrolliert werden. Ich bin gegen diesen Maßnahmenplan, den die Troika (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Troika_%28EU-Politik%29) Zypern auferlegen will, weil er im globalen Maßstab einer unsozialen Politik Vorschub leistet; aber bestimmte Maßnahmen zeigen die Möglichkeit auf, Kapitalflüsse zu lenken und größeren Reichtum höher zu besteuern.

Trotz einengender EU-Regulierungen hat jeder Mitgliedsstaat die Möglichkeit, Vorgaben der Kommission abzulehnen und Neuverhandlungen auf europäischer Ebene durchzusetzen. Europa braucht einen demokratischen Umbau. Inzwischen müssen Linksregierungen gegen die jetzige Politik opponieren. Hätte François Hollande wirklich den Willen seiner Wähler umsetzen wollen, hätte er darauf beharren müssen, den Europäischen Fiskalpakt (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Fiskalpakt) mit Angela Merkel neu auszuhandeln; hätte sie das abgelehnt, hätte er den Pakt nur ablehnen müssen und damit dessen Annahme verhindern können.

Die Krise des Euro ist eindeutig darauf zurückzuführen, dass es an einer vernünftigen Politik fehlt und die wirtschaftlichen, finanziellen, fiskalischen und sozialpolitischen Probleme ungelöst bleiben. Die mangelnde europäische Unterstützung für Griechenland bei der Bewältigung seiner Verschuldung zeigt die Zerbrechlichkeit einer Union, die nicht auf Solidarität aufgebaut ist. Läutet die Eurokrise die Sterbeglocke für die Solidarität der Staaten Europas? Ist der Traum vom europäischen Föderalismus tot und begraben?

Die jetzige EU beruht nicht auf der Solidarität (der Völker Europas), sie begünstigt nur die großen europäischen Konzerne. Die europäischen Regierungen haben bisher nur Maßnahmen ergriffen, die den Konzernen und den europäischen Banken nutzen. Für die benachteiligten Völker und die schwächeren Wirtschaften gibt es keine Hilfe und keine Solidarität. Man könnte sagen, es gibt nur eine Art Klassensolidarität, die Solidarität zwischen den Kapitalisten.

Föderalismus ist möglich, aber es muss von den Völkern durchgesetzt werden. Guy Verhofstadt und Daniel Cohn-Bendit verteidigen einen Föderalismus von oben. Wir brauchen aber einen Föderalismus, der von den Menschen gewollt wird.

Ein Staatenbund ist möglich und notwendig, das bedeutet aber, dass die Lösung der europäischen Krise von der Basis ausgehen muss. Das bedeutet keinen Rückzug hinter nationale Grenzen, sondern Solidarität zwischen den Völkern Europas, aus der eine europäische Verfassung erwachsen muss, die von den Menschen beschlossen wird.

Wie können die europäischen Einrichtungen demokratischer gemacht werden?

Die vorhandenen undemokratischen Einrichtungen müssen aufgelöst und durch neue ersetzt werden, die von einer von den Völkern Europas einberufenen verfassunggebenden Versammlung geschaffen werden! Die jetzige Legislative, das Europäische Parlament, ist zu schwach und kann sich nicht gegen die Exekutive, die Europäische Kommission, durchsetzen.

Damit dieses Wunder eintritt, müssten die Bürger Europas wieder mit der Idee Europa versöhnt werden. Haben Sie einen Vorschlag, wie das geschehen könnte?

In den Mitgliedsländern müssten von sozialen Bewegungen und mit ihnen kooperierenden linken Organisationen allgemeine Zielvorstellungen entwickelt werden. Mit der Bewegung "Alter Summit" (Gipfel für Veränderung, s. <http://www.epsu.org/a/9562>) versuchen wir auf europäischer Ebene Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und europäische Gewerkschaften [2] zusammenzuführen. Das ist nicht leicht, und geht bisher zu langsam, aber diese Koalition aus europäischen sozialen Bewegungen muss trotzdem geschaffen werden. Die "Mouvement des Indignés" (s. https://fr.wikipedia.org/wiki/Mouvement_des_Indign%C3%A9s) muss nach Möglichkeit wiederbelebt und die Bewegung "Blockupy" gegen die Europäische Zentralbank / EZB in Frankfurt muss unterstützt werden. [3] Außerdem müssen die feministischen Bewegungen und die Aktivitäten gegen Sparprogramme in Europa die größtmögliche Unterstützung [4] erhalten.

Auch andere europäische Initiativen müssen verstärkt werden: das International Citizen Debt Audit Network – ICAN (eine Bewegung für einen radikalen Schuldenschnitt, s. <http://www.citizen-audit.net/>) [5], das europäische Netzwerk gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens [6], die Bemühungen um die Gründung einer europäischen antifaschistischen Bewegung [7] und die Bewegung "European Peoples against the Troika", die am 01.07.13 in Dutzenden von Städten und Orten in ganz Europa Demonstrationen [8] organisiert hat.

Europa hat eine Zukunft, weil ...

Die Solidarität zwischen seinen Völkern notwendig und zweifellos auch möglich ist.

Europa hat eine Zukunft, wenn ...

Die Bewegung von seinen Menschen ausgeht. Eine verfassunggebende Versammlung der Völker Europas muss ein ganz neues Europa gründen!

Es wird Zeit, die derzeit dominierende Ideologie aufzugeben, die uns schon so lange beherrscht. Es gibt mehrere Wege aus der gegenwärtigen Krise. Die den Menschen auferlegten Sparzwänge können die Krise nur schlimmer machen. Wenn die Sparmaßnahmen nicht aufgehoben werden, wird die Krise bei sehr eingeschränktem Wachstum noch 10 bis 15 Jahre andauern. Es sei denn, die sozialen Bewegungen schaffen es, Strukturreformen wie die Vergesellschaftung der Banken, eine Konsolidierung der öffentlichen Dienste und einen Umbau Europas durch ein verfassunggebende Versammlung der Völker Europas durchzusetzen; wir brauchen ein Europa, das solidarisch mit dem Rest der Welt ist. Die rechtswidrig angehäuften öffentlichen Verschuldung muss durch Initiativen wie ICAN beseitigt werden, wie das heute schon in Belgien gefordert wird. [9] Dieser Ausweg ist nur möglich, wenn die sozialen Bewegungen und die radikale Linke dazu fähig sind, echte Alternativen zu einem schlüssigen Programm zu bündeln, das über den Neo-Keynesianismus (s. <http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/nachrichten/was-ist-der-neo-keynesianismus-die-stille-renaissance-von-keynes/2932868.html>) hinaus geht. Ich wäre sehr ent-

täuscht, wenn man versuchen würde, diese kapitalistische Krise nur mit etwas mehr Disziplin zu überwinden. Auch ein regulierter grüner Kapitalismus kann grundsätzliche Probleme wie den Klimawandel nicht lösen. Wir müssen das kapitalistische System ganz abschaffen.

Aus dem Französischen ins Englische übersetzt von Vickie Briault und Mike Krolkowski.

Anmerkungen / Notes

[1] The original version of this interview (in French only) is available on the Equipes populaires website which publishes Contrastes magazine: http://www.equipespopulaires.be/sites/www.equipespopulaires.be/IMG/pdf/CTR-3_4.pdf

This version has been especially adapted for the CADTM website <http://cadtm.org/>

[2] See <http://www.altersummit.eu/?lang=en>

[3] See (in French only) <http://cadtm.org/Francfort-ein-zwei-Blockupy>

[4] See (in French only) <http://cadtm.org/Femmes-d-Europe-en-route-contre-la,9166>

[5] See <http://www.citizen-audit.net/> and <http://cadtm.org/Coordinated-efforts-in-Europe-and> and cadtm.org/ICAN

[6] See (in French only) <http://reseau-europeen-droit-sante.blogspot.be/> and <http://www.sante-solidarite.be/activite/actions-europeennes-contre-la-commercialisation-de-la-sante-14-15-mars-2013>

[7] See <http://cadtm.org/For-a-European-antifascist>

[8] See <http://cadtm.org/From-the-crisis-edges-to-the-power>

[9] See (in French only) <http://cadtm.org/Declaration-pour-le-lancement-du>

(Wir haben das wichtige Interview ganz aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The EU Has Never Been a European Solidarity Organisation. The European Peoples Must Create their Own Unity

By Eric Toussaint, Monique Van Dieren, and Claudia Benedetto
Global Research, July 17, 2013

Interview by Monique Van Dieren and Claudia Benedetto for Contrastes magazine |1|.

(Eric Toussaint:) The EU and the Eurozone were created solely to favour capital and apply its principles: total liberty of movement for capital, free circulation of goods and ser-

vices, unrestricted commercial competition and the undermining of the very principle of public services, among others.

Capital is given a free rein to maximise its profits, wrongly supposing that if private initiative is favoured all will be well. In following this principle and in reducing state intervention to a minimum in terms of regulations and budgets, we now have a Europe which costs only 1% of its GDP whereas the budgets of the most industrialised countries are at about 40% to 50% of their GDP! This 1% is scrawny and nearly half of it goes to the Common Agricultural Policy. In consequence Europe has not developed the means to reduce the differences between its strongest economies and the others. When these economies are put onto the same playing field their differences are aggravated.

Are there other points of division?

Not only do we have opposition between, on the one hand, countries like Greece, Ireland, Portugal, Spain and the East European countries, and on the other hand, the strongest EU countries, but also inside each of these countries, where income disparities have increased following reforms of the labour markets.

The policies that have been applied by the EU member states have contributed to these inequalities. A prime example is Germany, where counter-reforms, that aim to create a greater variety of employment models, have been put into place. There are currently 7 million full time employees earning less than 400 euros a month!

Tax policy is known to be at the heart of the European problem and of the indebtedness of member states. How can the fact that most European countries are maintaining internal competition be explained?

Europe has refused fiscal harmonisation. The result is that there is enormous disparity between systems of taxation. In Cyprus, corporation tax is 10%. That should change with the present crisis. In Ireland corporation tax is 12.5% and in Belgium, 33.99%. These differences allow companies to declare their revenues where the tax bite is the least. Current European fiscal policy protects tax evasion. Tax havens exist within the European Union – notably the City of London – and the Eurozone, with the Grand Duchy of Luxemburg.

It is quite possible to implement measures of fiscal justice at a national level. The common belief that “being in the Eurozone it is impossible to apply major fiscal measures” is false. We are told there are no alternatives. Those who invoke these arguments are protecting the fraudsters. We can see that solutions previously considered impossible are being imagined in the “case” of Cyprus: bank deposits of over 100,000 euros are to be taxed; controls of capital movements are being put into place. I am against the plan imposed on Cyprus by the Troika because the goals are to impose global antisocial policies; but certain measures show the clear possibility of controlling capital flows and of greatly increasing tax-rates above a given level of wealth.

In spite of EU regulations, it is perfectly possible for countries to refuse the policies of the commission and impose renegotiations at the European level. Europe must be reconstructed democratically. In the meantime the left-wing governments must break ranks. If François Hollande really represented the will of the French people that elected him he would have insisted on renegotiating the European Fiscal Compact with Angela Merkel and if she refused he could have refused to vote it in. This would have prevented its adoption.

The euro crisis is clearly the result of an absence of sound political governance (lack of coherent economic, financial, fiscal and social policies). The lack of real European support for Greece in the face of its debt problems shows the fragility of a union that is not based on solidarity. Does this euro crisis toll the bell for European solidarity? Is the dream of European federalism dead and buried?

The EU as it exists has never hinged on solidarity, unless it be in favour of the big European companies. The European governments have continually applied measures that favour them and the European banks. When it comes to helping the weaker people and the weaker economies, there is no solidarity. One could say that there is one kind of solidarity: a class solidarity, a solidarity between capitalists.

Federalism is possible but it must be constituted by the peoples. Guy Verhofstadt and Daniel Cohn-Bendit advocate a federalism imposed from above. We need a federalism that arises from the will of the people.

Federation is possible and necessary, but that implies that the solution to the European crisis should come from the base. That does not mean a withdrawal behind national frontiers, but solidarity between European peoples and a European constitution decided by the people themselves.

What must be done to make the European institutions more democratic?

The existing non democratic institutions must be taken apart and replaced by new ones, created by a peoples' constituent assembly! The legislative power (the European Parliament) is extremely weak, too much in the thrall of the Executive.

Awaiting this miracle remedy, do you have a concrete idea of how to reconcile Europe's citizens with Europe?

Within national frontiers, initiatives must be taken by the social movements and corresponding left-wing organisations towards defining common objectives. At the European level, through the Alter Summit movement, we are trying to create a maximum of convergence between citizens' movements, social movements and European trade unions [2]. It is not easy, up to now it has been too slow, but a coalition of European social movements must nevertheless be created. Relaunching the "Indignés" movement must be encouraged if it is possible, supporting Blockupy in Frankfurt against the ECB. [3] Also, feminist movements and actions against austerity programmes in Europe must be given all possible support [4].

Along with this, other European initiatives must be reinforced, such as the the European and Mediterranean citizens' audits networks (ICAN) [5], the European network against the privatisation of health services [6] and the efforts to create a European anti-fascist movement [7], the "European peoples against the Troika", which organised actions in dozens of towns and cities across Europe on 1st June 2013 [8].

Europe has a purpose because...

Solidarity between the peoples is necessary and undoubtedly possible.

Europe has a purpose on condition that...

The process comes from the people. A constituent assembly of the European peoples must found a completely new Europe!

It is time to abandon the dominant ideology that has reigned for so long. There are several possible ways to resolve the crisis. The austerity measures currently applied can only make it worse. We are facing 10 to 15 years of crisis and very limited growth. Unless, that is, the social movements manage to put structural reforms into place, such as the socialisation of the banks; the consolidation of public services; the reconstruction of a Europe based on a peoples' constituent assembly; a Europe in solidarity with the rest of the World. Illegitimate public debt must also be abolished by developing initiatives of citizens' audits as is the case in Belgium today [9]. This solution presupposes that the social movements and the radical left are capable of proposing real alternatives, with a coherent programme that goes beyond neo-Keynesianism. I would be disappointed if this capitalist crisis were to achieve no more than slightly better discipline. Regulated green capitalism is not a solution to the fundamental problem of climate change. We must abolish the capitalist system.

Translated by Vickie Briault and Mike Krolkowski

Notes see end of translation

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern